Deutsche Allgemeine Zeitung

Norddeutsche Allgemeine Zeitung

Das Blatt erscheint täglich zweimal, Sonntags als Morgenausgabe. Der Bezugspreis ist vierteljährlich Mark 12.—, für das Ausland mit dem entsprechenden Postaufschlag. Bestellungen werden bei allen Postanstalten angenommen.

Berlin SW 68, Wilhelmstraße 32
Schriftleitung: Berlin SW 68, Kochstraße 73 III
Fernsprecher:
Schriftleitung: Zentrum 614, 864, 865, 1550, 1552, 1583. Für Nachtgespräche 1580.
Geschäftsstelle: Zentrum 1902, 3248, 3394.

Preis für die Anzeigenzeile Mk. 1.— zuzügl. 20% Teuerungszuschlag; für die Reklamezeile Mk. 4.— zuzügl. 20% Teuerungszuschlag. Stellengesuche 60 Pfg. für die Zeile zuzügl. 20% Teuerungszuschlag.

Nummer 356. Sonntag, 27. Juli 1919. Morgen-Ausgabe. 58. Jahrgang.

Der Nachhall der Weimarer Debatte.

Auf dem Weg zur Wahrheit.

Drahtmeldung unseres Sonderberichterstatters.

K. **Weimar**, 26. Juli.

Der Streit um die Schuld am Kriege wird in der nächsten Zeit im Vordergrunde der öffentlichen Auseinandersetzungen stehen. Der Konflikt, der gestern in der Nationalversammlung zwischen dem Reichsfinanzminister Erzberger und den Deutschnationalen ausgetragen wurde, kann nur als der Ausdruck einer Stimmung aufgefaßt werden, wie sie lange schon hinter den Kulissen im stillen wirkte. Das Urteil, das in der Nationalversammlung wohl allgemein geteilt wird, ist, daß die Enthüllungen Erzbergers einen ganz gewaltigen Eindruck nicht nur auf das Haus, sondern auf das gesamte Volk machen müssen. Das wurde auch bei der heutigen Fortsetzung der großen politischen Aussprache von dem ersten Redner, dem Abgeordneten Hugo (Deutsche Volkspartei) in den Vordergrund seiner Ausführung gestellt. Abgeordneter Hugo vertrat den Standpunkt, daß die Schuldfrage nur gelöst werden könne durch die Einsetzung eines unparteiischen Ausschusses, der aus bekannten Historikern und Staatsrechtslehrern gebildet werden müßte. Die Deutsche Volkspartei hat einen Antrag eingebracht, der die Bildung eines solchen Ausschusses fordert. Sie ist der Ansicht, daß auch die Rede Erzbergers von parteipolitischen Gesichtspunkten diktiert worden ist, und will durch eine unparteiische Untersuchung erreichen, daß die objektive Wahrheit, frei von aller Parteipolitik, durch das Untersuchen von Aktenmaterial und durch die Vernehmung der eingeweihten Persönlichkeiten festgestellt wird. Aus diesem Grunde widersprach Dr. Hugo dem sozialdemokratischen Antrag, die Rede Erzbergers sowohl wie die Rede Müllers auf Staatskosten durch Anschläge zu verbreiten. Wenn Dr. Hugenberg weiter den Standpunkt vertrat, daß die Form der Erzbergerschen Rede eine schädliche Wirkung dadurch ausüben würde, daß sie neue innere Kämpfe heraufbeschwöre, so ist das begreiflich bei der Stellung, die die Fraktion zu der ganzen Frage einnimmt. Der Redner der Unabhängigen, Abgeordneter Haase, bekannte sich als Gegner Erzbergers, betonte aber, daß auch seine Partei die letzigen Angriffe gegen Erzberger nicht mitmachen wolle. Er ging auf die Vorgeschichte des friedensbeschlusses ein und hob hervor, daß diejenigen, die gegen die Unterschreibung des Friedens gestimmt hätten, tatsächlich die Regierung zur Unterzeichnung ermuntert hätten. Im übrigen beschränkt sich Herr Haase darauf, Beschwerden gegen die Regierung zu erheben, wie man sie seit Monaten in den Blättern der Unabhängigen Tag für Tag lesen kann. Uebergriffe der Offiziere, Militarismus, Verbot unabhängiger Zeitungen, Beschränkung der Versammlungsfreiheit und dergleichen mehr kehrt in der Rede Haases in umfangreichen Tiraden wieder. Den Ausland der Rede bildet die Versicherung, daß die Unabhängigen einer solchen Regierung das Vertrauen nicht aussprechen vermöchten.

Reichswehrminister Noske erwiderte sofort auf die Angriffe Haases. Seine Entgegnung war scharf und für die Unabhängigen an vielen Stellen peinlich, weil Noske die Machenschaften aufdeckt, durch die die Unabhängigen unser ganzes politisches und wirtschaftliches Leben zu sabotieren versuchen. Noske kennzeichnete die Irreführung, der die Unabhängigen sich gegenüber der Arbeiterschaft schuldig machten. Als Beispiel führte er u. a. an, daß sie am vorigen Montag den Leuten in Berlin vorgeredet hätten, sie müßten aus den Betrieben herauzgehen, weil das gesamte internationale Proletariat in der gleichen Form gegen den darten Frieden der in diesem Tage demonstrieren würde. In Wirklichkeit sei nirgend anderswo, sondern nur in Berlin demonstriert worden. Aber was kümmert es die Leute, die mit dem Schicksal des deutschen Volkes und der Arbeiterschaft Schindluder treiben, wie Herr Haase und seine Freunde, wenn durch ein solches Vorgehen jede Möglichkeit, wieder zu geordneten Verhältnissen zu kommen, vereitelt würde. Noske nannte das Gewissenlosigkeit und Verbrechen. Im übrigen stelle er dem Vorwurf des Herrn Haase das Verhalten der 11 nahestehenden in den Orten gegenüber, in denen sie, wenn auch nur zeitweise, die Macht ausgeübt hätten.

In der Nachmittagssitzung kamen zunächst der Abgeordnete Eisenberg (Bayrischer Bauernbund) und der Welfe Langwort zu Worte. Vor fast völlig leerem Hause begann dann die zweite Garnitur der Redner mit dem Mehrheitssozialisten Welß. Welß ging nochmals auf die ganze Friedensgeschichte ein und polemisierte scharf gegen die äußerste Rechte sowohl, wie gegen die Unabhängigen. Mit einigen persönlichen Bemerkungen zwischen Haase und Welß wurde um 7 Uhr die Sitzung auf Montag vertagt. Die Absicht, die politische Aussprache heute zu Ende zu führen, ist also nicht durchgeführt worden. Am Montag wird, wie verlautet, auch Reichsfinanzminister Erzberger zu Worte kommen.

* * *

Die gestrigen Eröffnungen des Reichsministers Erzberger haben über Nacht schon einige der am meisten davon Betroffenen auf den Plan gerufen. Der Erste war der frühere Chef des großen Generalstabes, General Ludendorff, der feststellt, daß die O. H. L. über die Anregung Englands nicht, oder nicht ausreichend orientiert worden sei, und daß ihm deshalb eine Verantwortung für die Art der Behandlung der Angelegenheit durch die politische Leitung nicht erwachse.

Ueber die Beteiligung des damaligen Staatssekretärs des Auswärtigen, des Herrn von Kühlmann, an der diplomatischen Erledigung der Friedenschance, brinat die „Tägliche Rundschau" folgende Zuschrift:

Herr Erzberger hat seinerzeit, nachdem das päpstliche Vermittlungsstreben gescheitert war, im Gespräch mit bekannten Parlamentariern nicht den Reichskanzler Dr. Michaelis, sondern den damaligen Staatssekretär des Auswärtigen von Kühlmann für das Scheitern der päpstlichen Vermittlung verantwortlich gemacht, und zwar deshalb, weil Herr von Kühlmann, während die päpstliche Vermittlung schwebte, eine Friedensvermittlung über Spanien versucht habe. Dadurch seien die Engländer mißtrauisch geworden, und deshalb sei auch der päpstlichen Friedensvermittlung nichts geworden. — Es ist nun richtig, daß Herr von Kühlmann damals eine Privatvermittlung über Spanien versucht hat. Es hat sich auch Herr v. Kühlmann über diesen Versuch zu Bekannten ganz vertraulich in zuverschtlichem Sinne ausgesprochen. Es bleibt also festzustellen, inwieweit diese spanische Vermittlung die päpstliche Vermittlung beeinflußt hat, und weiter festzustellen, weshalb auch die spanische Vermittlung gescheitert ist."

Es wird abzuwarten sein, ob Herr von Kühlmann es nicht selbst für notwendig erachten wird, seinerseits das Wort zu ergreifen. Vorläufig zeigt ein Blick in die Presse, daß die Oeffentlichkeit, wenn sie auch teilweise den Enthüllungen Erzbergers erst dann vollen Wert beimessen will, wenn auch das englische Telegramm veröffentlicht sein wird, doch schon heute in dem damaligen Kanzler den Hauptverantwortlichen zu erblicken geneigt ist. Hatte schon der „Vorwärts" gefordert, daß Dr. Michaelis vor den Staatsgerichtshof gestellt werde, so unterstützt jetzt nicht nur das „Berliner Tageblatt" diesen Verlangen: „hier steht man nicht mehr vor einfacher Leichtfertigkeit, auch nicht mehr vor „verbrecherischen Illusionen", sondern vor einer wirklich verbrecherischen Tat".

Auch Graf Reventlow schreibt in der „Deutschen Tageszeitung":

„Weshalb der deutsche Reichskanzler erst nach beinahe 4 Wochen geantwortet hat, ist ohne weiteres nicht ersichtlich. Wir nehmen an, daß er sich dazu äußern wird. Wenn nicht absolut zwingende Gründe zu einem so langen Schweigen vorgelegen haben, so ist dieses Schweigen unserer Ansicht nach ein schwerer Fehler gewesen, ganz einerlei, welche Stellung die deutsche Regierung zu dem feindlichen Fühler nehmen wollte und nahm. Man hätte nicht verstummen dürfen, dem Feinde in einem von ihm begonnenen Meinungsaustausche an der Klinge zu bleiben, die er selbst ihm abgebrochen hatte."

Die Erklärung Dr. Michaelis'.

Der ehemalige Reichskanzler Michaelis gibt zu den Angriffen des Ministers Erzberger in der Nationalversammlung vom Freitag folgende Erklärung ab:

Die amtlichen Schriftstücke über die Behandlung des Schreibens des Nuntius Pacelli an mich vom 30. August 1917 sind mir nicht zugänglich. Nach meinen persönlichen Notizen habe ich zur Behandlung des sogenannten „englischen Friedensfühlers" folgendes zu sagen:

Das Schriftstück wurde mir Anfang September vorgelegt. Ich habe es mit den Staatssekretären und Ministern besprochen und bin dem Kaiser, der, wenn ich mich nicht irre, am 9. September von einer Frontreise zurückkehrte, entgegengefahren, um ihm Vortrag zu halten.

Ich hat den Kaiser um Absolung eines Kronrates in Gegenwart der Obersten Herres- und Marineleitung. Der Kronrat hat am 11. September im Schloß Bellevue stattgefunden. Das Ergebnis der Besprechung wurde von dem Kaiser in eigenständig unterschriebenem Vermerk folgendermaßen zusammengefaßt:

„Die Annexion Belgiens sei bedenklich, Belgien könne wiederhergestellt werden. Die flandrische Küste sei zwar sehr wichtig, und Zeebrügge dürfe nicht in englische Hand fallen. Aber die belgische Küste allein sei nicht zu halten. Es müßte enger wirtschaftlicher Anschluß Belgiens an Deutschland herbeigeführt werden. Daran habe Belgien selbst das größte Interesse."

Ueber die weitere Behandlung des Friedensfühlers wurde von mir mit dem Staatssekretär von Kühlmann verkehrt, daß durch eine unbedingt geeignete Persönlichkeit zu sondieren sei, ob auf englischer Seite in der Tat der Wille vorhanden sei, den bisherigen Standpunkt übertriebener Friedensziele, wie sie unzweifelhaft zu unserer Kenntnis gekommen waren, aufzugeben und auf einer annehmbaren mittleren Linie zu verhandeln. Das Schreiben des päpstlichen Nuntius enthielt nach dieser Richtung hin keine irgendwie überzeugende Beweise. Die Gefahr lag vor, daß es sich darum handelte, Deutschland zu entgegenkommender Erklärung zu veranlassen, ohne den eigenen extrapagantten Standpunkt aufzugeben, und das dadurch bei Verhandlungsgrenzen zu unseren Ungunsten verschoben würden.

Die Wahl des Vermittlers fiel auf einen hervorragenden, dem Staatssekretär von Kühlmann persönlich nahestehenden **neutralen Diplomaten**, der ganz besonders qualifiziert erschien, die erforderliche Sondierung vorzunehmen. Ihm wurde seine Mission unter Mitteilung der Stellungnahme Deutschlands gemäß obigem Kronrat in der Weise umschrieben:

„Voraussetzung für Verhandlungen mit England sei das Anerkenntnis:

a) daß unsere Grenzen intakt bleiben,
b) daß unsere Kolonien zurückgewährt würden,
c) daß keine Entschädigungen gefordert werden dürfen,
d) daß von einem Wirtschaftskrieg Abstand genommen werde.

Ich habe in Uebereinstimmung mit Exzellenz von Kühlmann diesen Weg für den richtigen gehalten, weil bei unbedingter Vertraulichkeit die Verfolgung dieser ersten Friedensfühlen möglich schien. Die Verhandlungen über die päpstliche Kurie boten diese Sicherheit nicht. Schon beim Empfang des Schreibens des Nuntius hatte es sich herausgestellt, daß der damalige Abgeordnete Erzberger vor mir davon unterrichtet war, daß das Schreiben kam. Eine Indiskretion durch ihn mußte aber vor allem verhütet werden. Deshalb konnte auch dem Nuntius gegenüber nur eine abwartende Stellung eingenommen und ihm nach Ablauf einiger Zeit nur eine Antwort allgemeinen Inhalts erteilt werden.

Daß jede Indiskretion die größten Gefahren für die Anbahnung von Verhandlungen in sich schloß, hat der weitere Verlauf der Verhandlungen gezeigt. Die Besprechung im Kronrat und ihre Ziele blieben nicht verborgen. Die kriegerischen Parteien in Deutschland, England und Frankreich bemächtigten sich der Angelegenheit und die Folge war, daß der Vertreter der englischen Regierung öffentlich ablehnte, daß seitens der englischen Regierung ein Friedensangebot gemacht sei. Ich habe den Gedanken, unter weitem Nachgehen mit Bezug auf Belgien zum Frieden zu kommen, mit Lebhaftigkeit erfassen und habe es durchzusetzen. daß eine einheitliche Stellungnahme zu dieser Frage innerhalb der maßgebenden Kreise erfolgte. Ich habe mich bemüht, den geeignetsten Weg zur Herbeiführung der ersten Anregungen zu wählen. Wenn sich der Plan zerschlug, so lag es daran, daß unsere Feinde nicht wollten.

Saarow, 26. Juli 1919.

ges. Michaelis.

Erzbergers Enthüllungen im Auslande.

S. **Haag**, 26. Juli. (Eigene Drahtmeldung.) Der „Nieuwe Rotterdamsche Courant" schreibt über Erzbergers Enthüllungen: Für den Augenblick ist seine Stellung sehr stark; seine Beschuldigung hat für den Augenblick soviel Kraft, daß die Gegenbeschuldigungen seiner Feinde wie Nadelstiche aussehen. Was nun noch fehlt, ist eine offizielle Erklärung der britischen Regierung. Erkennt die englische Regierung die Tatsachen an, so hat Erzberger gewonnenes Spiel.

Die Forderungen im Kronrat am 11. September 1917.

-l. **Frankfurt a. M.**, 26. Juli. (Eigene Drahtmeldung.) Der „Frankfurter Zeitung" zufolge wurden im Kronrat vom 11. September 1917 zwar die von der Marine gestellten Forderungen auf die flandrische Küste abgelehnt, ebenso machten Ludendorffs militärische Sicherungsforderungen wenig Eindruck, indessen wollte der Kronrat auf „wirtschaftlichem und flamenpolitischem Umwege" zum Schutze der deutschen Interessen gelangen.

Der öffentliche Anschlag der Ministerreden.

Wie die „B. P. N." erfahren, wird der mehrheitssozialistische Antrag auf öffentlichen Anschlag der Reden des Reichsfinanzministers Erzberger und des Reichsministers Hermann Müller von der Nationalversammlung voraussichtlich angenommen werden.

Beginn der internationalen Gewerkschaftskonferenz.

Amsterdam, 26. Juli. In der heutigen Vormittagssitzung der Vorkonferenz des internationalen Gewerkschaftskongresses, an der die Vertreter Amerikas, Englands, Deutschlands, Belgiens, Hollands, Schwedens, Spaniens, der Schweiz, Frankreichs und Oesterreichs teilnahmen, warf der belgische Vertreter den deutschen Gewerkschaften und ihren Führern sehr scharf vor, sie hätten während des Krieges nicht gegen die Behandlung der belgischen Arbeiter und gegen die Fortschaffung des belgischen Industriematerials angekämpft. Bauer, der Abgeordnete der Deutschen, der nach Brüssel gekommen ist, habe erklärt, er hätte nichts dagegen machen können. Der Sprecher forderte, daß die Deutschen, bevor die Belgier mit ihnen zusammen einer Organisation beitreten könnten, sich als mitschuldig mit ihrer Regierung bekennen sollten. Außerdem müßten sie ihr Bedauern über das verübte Verbrechen und über den Massenmord in Belgien aussprechen. Auch die österreichischen Gewerkschaften erklärte der belgische Abgeordnete für schuldig.

Fochs Forderung im Falle Mannheim.

K. **Weimar**, 26. Juli. (Drahtmeldung unseres Sonderberichterstatters.) Bekanntlich ist von deutscher Seite die Forderung des französischen Marschalls Foch, durch die wegen der in Berlin erfolgten Ermordung des Sergeanten Mantelim der Stadt Berlin eine Kontribution von einer Million Mark auferlegt wurde, abgelehnt worden. Nunmehr ist auf die deutsche Ablehnung die Antwort des Marschalls Foch eingegangen, die auf der Forderung der Zahlung von einer Million besteht. Man hat auf deutscher Seite den Standpunkt, daß eine solche Forderung den völkerrechtlichen Grundsätzen glatt widerspricht, bereits in der Antwortnote an Foch vertreten. Von dem Standpunkt abzugehen hat man auf deutscher Seite auch heute nicht den mindesten Anlaß. Wie man sich zu der erneuten Forderung des Marschalls Foch auf deutscher Seite stellen wird, ist noch nicht entschieden. Eine Anerkennung des Rechtes des Marschalls, diese Forderung zu stellen, wird aber unter keinen Umständen erfolgen.

23 Schiffe in Scapa Flow gehoben.

R. **Basel**, 26. Juli. (Eigene Drahtmeldung.) Nach einem Bericht der Neuen Korrespondenz in London konnten bis jetzt von den 53 deutschen Schiffen, die in Scapa Flow versenkt worden, 23 gehoben werden. Es wird jedenfalls möglich sein, auch den „Hindenburg" wieder flott zu machen. Die anderen Schiffe sind unrettbar verloren.

Die Steuerentwürfe im Staatenausschuß.

Weimar, 26. Juli. (Drahtmeldung unseres H. G. Sonderberichterstatters.) Wie wir hören, hat das Plenum des Staatenausschusses heute den Entwurf des Umsatzsteuergesetzes und des großen Reichsnotopfers angenommen. Es verlautet, daß man bei der Umsatzsteuer auf einen Ertrag von 4 Milliarden Mark rechnet. Beide Steuervorlagen werden am Montag oder Dienstag bereits der Nationalversammlung zugehen. Beim Reichsnotopfer ist nur eine wesentliche Aenderung vollzogen worden, indem bestimmt worden ist, daß die Sicherungshypotheken bei den Ratenzahlungen nur dann eingefordert zu werden brauchen, wenn die Person der Steuerverpflichteten besonderen Anlaß zu dieser Maßnahme gibt.

Die Enthüllung über den Verständigungsfrieden.

Von

Hans Delbrück.

Oberst Bauer, der Vertrauensmann des General Ludendorff in der Obersten Heeresleitung, der seinerzeit nach Berlin geschickt wurde, den Reichskanzler von Bethmann Hollweg zu stürzen, und Professor von Below, ein Führer der Alldeutschen, haben jüngst die Meinung vertreten, daß es für Deutschland nie eine andere Wahl als zwischen dem vollen Siege und der vollen Niederlage, also einer Art Weltbegemonie und dem Schmachfrieden, gegeben habe; der Verständigungsfriede sei stets eine Illusion gewesen. Die Tatsachen sollen das jetzt bewiesen haben, denn der Versailler Friede habe gezeigt, daß unsere Feinde sich mit nichts anderem als mit unserer Vernichtung zufrieden geben wollten. Daß dieser Vernichtungswille der unseren Gegnern sehr stark war, wird zugegeben werden müssen. Aber nicht nur in England, sondern auch in Frankreich gab es gegenüber der radikalen Kriegspartei auch eine Friedenspartei, die die Verständigung wünschte.

Wären diese Friedenspartein stark genug gewesen, die Verständigung durchzusetzen, wenn man ihnen von deutscher Seite genügend entgegenkam? Ich habe nie daran gezweifelt, daß dem so war, und auch immer von neuem darauf hingewiesen, daß der vollständige und unbedingte Verzicht auf Belgien und jede Oberherrschaft über Belgien deutschrerseits die Voraussetzung sei, die wir zu erfüllen hatten. Der urkundliche Beweis, daß die'e Auffassung die richtige war, und daß wir den Verständigungsfrieden sehr wohl hätten erlangen können, wenn wir gewollt hätten, ist jetzt ans Licht getreten. Es ist die Broschüre von Oscar Müller, „Warum mußten wir nach Versailles? Von der Friedenskresolution bis zum Friedensdiktat" (Verlag von Reimar Hobbing in Berlin). Nur mit tiefster Erschütterung kann man sie lesen. Die Aktenstücke und Auszüge stehen ja bereits in allen Zeitungen. Wir hätten den ehrenvollen Frieden haben können, wir hätten ihn wiederhalt haben können. Wir haben ihn nicht gewollt, wir haben ihn ausgeschlagen. Ist es der Kaiser persönlich, den man mit der Schuld an dieser verderbenbringenden Halsstarrigkeit belasten muß? In seinem Charakter lag solche Halsstarrigkeit nicht. Ist es die Oberste Heeresleitung? Ist es das deutsche Volk in seiner Gesamtheit? Es ist kein Zweifel, daß der Friede, der uns im August 1917 durch die Vermittlung des Papstes angeboten wurde, und den wir heute als einen durchaus günstigen und ehrenvollen ansehen würden, damals von breiten und einflußreichen Schichten unseres Volkes als eine unverzeihliche Schmach, als ein Ausdruck niedrigster Feigheit und keinesweges als einer die Dinge klug abwägenden Ueberlegung angesehen worden wäre. Die nationale Presse tobt wahrhaft gegen die Gruppe von Politikern, die die Verständigung anstrebten. Die „Vaterlandspartei" und der „Unabhängige Ausschuß für einen deutschen Frieden" erklärten immer von neuem, daß sie keinerlei Vertrauen zu dem schlappen Auswärtigen Amt hätten, und daß ihre ganze Zuversicht auf der Obersten Heeresleitung beruhe. Die Feder dürfe nicht wieder verderben, was das Schwert gewonnen habe. Soldaten aber sind und müssen ihrer Natur und ihrer Aufgabe nach optimistisch und zuversichtlich sein. Eben darum darf nicht der Soldat die Politik machen, sondern der Staatsmann, weil das rein soldatische Empfinden mit dem kühl rationellen Abwägen, das dem Staatsmann notwendig ist, im Widerspruch steht. Der Soldat stellt seine militärischen Forderungen, der Staatsmann muß sehen, wieviel er noch davon durchsetzen kann. Die öffentliche Meinung geht naturgemäß mit dem Soldaten.

Man wirft Wilhelm II. vor, daß er autokratisch regiert habe. Vom Gesichtspunkt des Friedens aus war er es leider zu wenig. Er selber hat ja während des Krieges mehrfach kundgegeben, daß er die Verständigung wünsche, und wenn er die Kraft gehabt hätte, Bethmann Hollweg als Reichskanzler zu halten, so wäre wohl auch eine gewisse Aussicht gewesen, sie zu erreichen. Aber dem geschlossenen Ansturm der öffentlichen Meinung, der Majorität des Reichstages und der Obersten Heeresleitung gab er nach, und wenn schon Bethmann Hollweg dem Fachurteil der Armee- und Marineleitung viel zu viel nachgegeben hatte, so waren seine Nachfolger Michaelis und Hertling erst recht völlig unselbständig.

Man mag jetzt ihre Halsstarrigkeit für verbrecherisch erklären, aber man darf auch nicht vergessen, wie außerordentlich schwierig ihre Position war gegenüber der patriotisch erregten öffentlichen Meinung. Wie wütend ist Herr von Bethmann Hollweg angefeindet worden, obgleich er es doch niemals gewagt hat, der allbeutschen Bewegung scharf gegenüberzutreten, sondern immer nach einer Politik der Diagonale suchte. Wie hätte die nationalistische Presse vom Grafen Reventlow bis zu Herrn Georg Bernhard, wie der „Tägl. Rundschau" bis zur „Kölnischen Volkszeitung" getobt, wenn der Verzichtfriede amtlich angekündigt worden wäre! Von rechts aus den Kreisen, die als die Träger des monarchischen Gedankens angesehen werden mußten, meldete sich die Drohung an, daß die Stellung zur Monarchie einer Revision unterzogen werden könnte. Konnte sich die Monarchie demgegenüber auf die Parteien stützen, die prinzipiell republikanisch gesinnt waren?

Der Verständigungsfriede an sich war nicht unmöglich. Von unseren Feinden hätten wir ihn nach den Urkunden, die jetzt vorliegen, erlangen können. Das schier unüberwindliche Hindernis lag in den Mächten des Bösen, in unserem eigenen Innern, dem Unverstand, der Ueberhebung, der Maßlosigkeit, der patriotischen Demagogie. Man spricht in der Welt und auch in Deutschland so viel von der Schuld Deutschlands in der Entfesselung des Weltkrieges. Nichts ist sicherer, als daß die deutsche Regierung alles oder so gut alles getan hat, was in ihrer Macht stand, den Weltkrieg zu vermeiden. Aber die Frage verliert an Wichtigkeit, wenn man sich an der Hand der Müllerschen Broschüre vergegenwärtigt hat, wie furchtbar unsere Verständigung gewesen ist, indem wir den Krieg nicht rechtzeitig beendigten.